

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 44

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

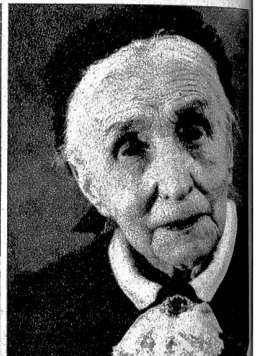


Links: Unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberstdivisionär, als Nachfolger des verstorbenen Oberstdivisionärs Gubler, hat der Bundesrat den bisherigen Obersten im Generalstab und Stabschef des 3. Armekorps, Othmar Büttikofer, von Reiben bei Büren an der Aare, zum Waffenchef der Genietruppen ernannt. Rechts: Als Nachfolger des zum Oberstdivisionär und Unterstabschef der Armee beförderten bisherigen Kommandanten der Gebirgs-Brigade 11, Oberstdivisionär Karl Brunner, hat der Bundesrat unter Beförderung zum Oberstbrigadier den bisherigen Obersten der Infanterie, Ernst Trachsel, ernannt. (ATP)



Eine Delegation der Schweizerischen Bundesbahnen weilte unter Führung von Generaldirektor Dr. Meile einige Tage in Italien. Die Exkursion galt der Besichtigung der Hafenanlagen von Genua und Savona und der Pflege des persönlichen Kontaktes mit den für die Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Italien massgebenden Persönlichkeiten. - Unsere Aufnahme zeigt den Hafen von Genua: Die Anlage «Duca degli Abruzzi» ist durch die alliierten Bombardemente schwer mitgenommen worden. Insgesamt sind von den 24 km Quaianlagen 6 km heute wieder im Betrieb und ermöglichen eine regelmässige Löschung von Schiffstransporten. (Photopress)

Links: Eine chilenische Handelsdelegation, bestehend aus Generaldirektor Garcia und Paul Saez vom chilenischen Handels- und Industrieverband, hält sich gegenwärtig in der Schweiz auf und besichtigt prominente Industrie- und Wirtschaftsbetriebe. Kürzlich besuchte die Delegation auch den Gutsbetrieb der Waldau bei Bern. (Photopress)



Links: In Iseltwald (Bern) begeht am 1. November 1944 der bekannte Kunstmaler Viktor Surbek seinen 60. Geburtstag. Surbek ist vor allem bekannt als Schöpfer der Malereien am Berner Zeitglockenturm.

Rechts: Am 6. November 1945 tritt in Bern Fräulein Maria Hönger in ihr 100. Lebensjahr. Sie wurde am 6. November 1846 in Roggwil bei Langenthal geboren. Mit 9 Jahren arbeitete sie schon in einer Stricker- und mit 16 Jahren trat sie als Hausgehilfin in den Dienst des Berner Burgerspitals, wo sie 20 Jahre lang verblieb. Weitere 20 Jahre lebte sie als treue Hausangestellte bei der bekannten Berner Dichterin Frau von Greyerz, die ihr beim Ableben aus Dankbarkeit eine Rente verschrieb. (Photopress)

SPORT DER WOCHE

Die Sensation im Fussball



Die eigentliche «Schlagerpartie» der Nationalligameisterschaft im Fussball wickelte sich in Bern ab, wo der bisher ungeschlagene Spitzenklub Servette Genf dem Cupmeister Young Boys Bern begegnete. Die vieltausendköpfige Menge bekam ein grosses Spiel vorgesetzt, aus welchem die Young Boys überraschend mit 3:2 als Sieger hervorgingen. Unser Bild zeigt den famosen Genfer Torhüter Rüesch, bei einer mühevollen Abwehr eines Eckballes.



Ein Turnier, wie es für den schweizerischen Hockey-Sport bisher noch nie zur Durchführung kam, hat in Bern sämtliche Klubs des Landes in einem auf der Förderung der Kameradschaft basierenden Turnier vereinigt. Unser Bild gibt einen Ausschnitt aus der Begegnung Stade Lausanne (weiss) gegen Red Sox Zürich. (ATP)

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Familienschutz

-an- Am 25. November wird das Schweizervolk über eine Vorlage abzustimmen haben, welche für unsere gesamte soziale Zukunft bahnbrechend und richtungweisend werden kann, über den *Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Initiative über den Familienschutz*. Am freisinnigen Parteitag in Basel ist am letzten Sonntag über den Gegenstand referiert und diskutiert und schliesslich in einer Resolution eindeutig zugestimmt worden. Die Reihe der Empfehlungen an das Stimmvolk ist damit eröffnet, das heisst es sind schon zustimmende Voten bekannt geworden, aber so einmütig und so fast ohne Aussetzungen am Entwurf wie in Basel hat es bisher noch nirgends getönt und wird es wohl nirgends tönen.

Immerhin nimmt man an, das Volk werde mehrheitlich Ja sagen. Handelt es sich doch um einen Verständigungsentwurf, und haben doch die Initianten ihre Initiative zurückgezogen, als sie den Gegenentwurf des Parlamentes als gut befunden. Dass sie ihn guthiessen, war eigentlich gar nicht so selbstverständlich. Denn die «weltanschaulichen Grundlagen» des Volksbegehrens hätten sehr wohl Gelegenheit geboten, einmal ein «kulturkämpferisches» Experiment zu wagen und Leidenschaften aufzupeitschen, die dann auch anderswo eingesetzt werden konnten. Man denke sich, was alles aus einem verwerfenden Volksentscheid hätte geschlossen und dem Volke eingetrichtert werden können, falls man darauf bestanden hätte, die Familie als «christliche» Institution und nur gerade als solche mit Gesetzesbestimmungen zu schützen, die beispielsweise auf Kosten der Altersversicherung gegangen wären! Und welche Verstimmung man hätte «züchten» können, wenn die «rote Linke» den Entscheid gegen die Initiative verschuldet haben würde. Es ist nichts dergleichen versucht worden, und das ist gut. Darum kann man sich heute auch auf der Linken für die Sache einsetzen, kann den eigenen Leuten sagen, dass die Vorlage an sich schon zur Erleichterung der Altersversicherung beitrage, indem sie fühlbare Hilfe für schwächer bemittelte Kreise bringe,

so dass sich schliesslich mittelbar auch die Aufwendungen für das Alter folgerichtiger auswirken würden.

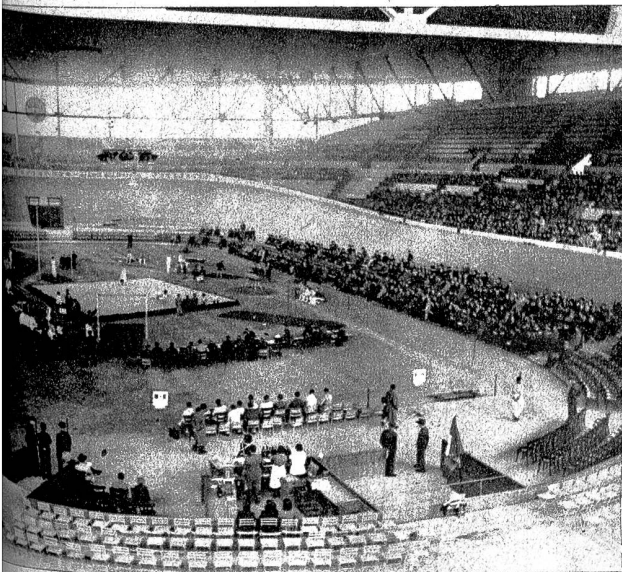
Der Entwurf der Bundesversammlung wird noch nicht die Gesetze über den Familienschutz selbst bringen. Nur ein *neuer Artikel der Bundesverfassung* wird vorhanden sein. Aber in diesem Artikel sind drei Dinge vorgesehen. Erstens sind «Familien-Ausgleichskassen» vorgesehen. Zweitens soll die Subventionierung des Wohnungsbaus und des Siedlungswesens unter besonderer Berücksichtigung des Familienschutzes organisiert werden. Drittens wird eine Mutterschaftsversicherung eingeführt — falls das Volk Ja sagt.

Herr Bundesrat Stampfli sprach über die Bestimmungen des Vorentwurfs für eine solche Versicherung: 90 Fr. Wochenbettentschädigung, bei 10 Wochen Stillen 30 Fr. Stillprämie, 6 Wochen vor und nach der Geburt wöchentlich 14 Fr. Taggeld. Es kostet also das Ganze gegen 22 Millionen pro Jahr. Aber es soll wahrlich auch etwas einbringen!

Grosse Erwartungen

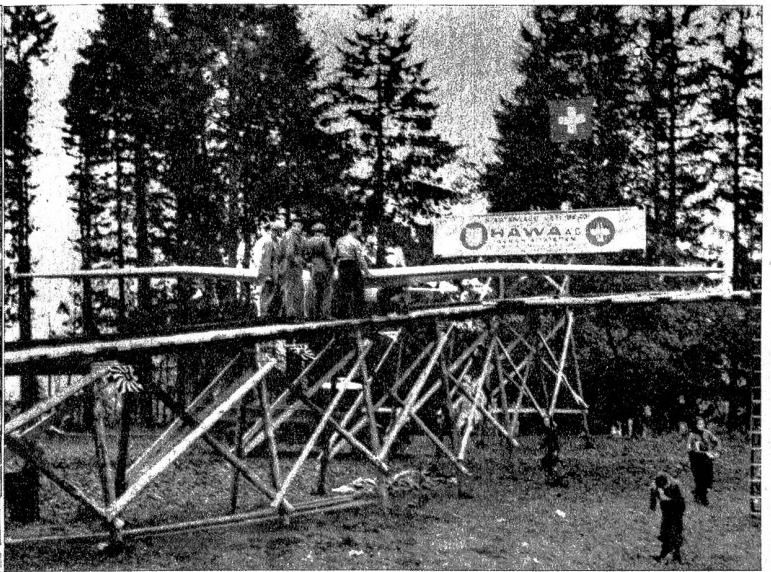
Der USA-Präsident Truman hat eine grosse Rede gehalten, deren Inhalt man sich merken muss. Vielleicht bezeichnen spätere Historiker diese Rede als einen Wendepunkt der Entwicklung, denn deutlicher als bisher sagt der Chef der grössten Weltmacht, welche Politik er und mit ihm die USA, solange sie seiner Linie folgen, durchzuführen gedenken. Diejenigen, die es hören sollen, die Russen vor allen andern, werden verstehen müssen, dass diese Deklarationen aus Washington ein sogenanntes «fairer Angebot» sind, und dass sehr viel davon abhängen wird, ob sie darauf eingehen oder nicht eingehen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, welche Schuld an der heutigen Situation das Misstrauen Moskaus gegen seine westlichen Alliierten trage. Es hängt darum sehr viel davon ab, ob Trumans Rede in Moskau einen Riss in die Moskauer Misstrauens-Atmosphäre reissen kann.

Trumans erster Punkt lautet: «USA suchen keine Gebietserweiterungen». Das tönt kategorisch und müsste in



Kunstturner-Jubiläums-Championnat

dem von gut 5000 Zuschauern besetzten säulenlosen Zürcher Stadion kam die hervorragende kunstturnerische Arbeit der ausserwählten Spitzturner der Schweiz prachtvoll zur Geltung. Der sportliche Teil der Feier des 25jährigen Bestehens des Kunstturnerverbandes gab so Aufschluss über den hochentwickelten Stand des schweizerischen Kunstturnens. (ATP)



Neue Segelflug-Katapultanlage

Auf dem Uetliberg ob Zürich haben die Segelflieger eine moderne, auf den neuesten Erfahrungen basierende Katapultanlage in Betrieb nehmen können. (ATP)

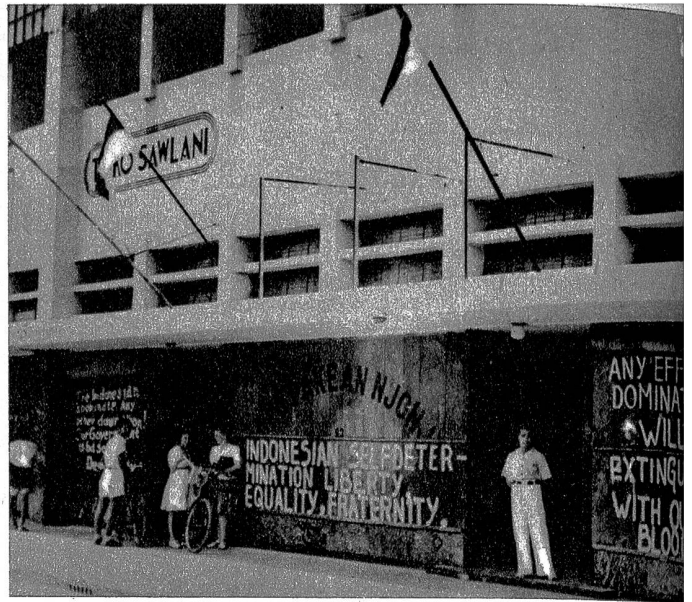
einer Zeit, wo alle imperialistischen Mächte, ob gross oder klein, auf die Erschnappung neuer Gebiete aus waren, direkt verblüffend gewirkt oder dann gänzlichem Unglauben gerufen haben. In unserer Zeit stellt man sich etwas anders zu solchen Aussprüchen ein und wandelt das Wort Trumans ein wenig ab. In der Abwandlung wird es lauten: «USA betrachtet die Erwerbung neuer Gebiete als unzeitgemäss für jede Macht». Denn nicht auf geographische Karten mit eingetragenen Grenzlinien, sondern auf die Möglichkeit, allenthalben offenen Markt zu finden, kommt es den Amerikanern an. Die sinnvolle Ergänzung der Trumanschen Formel lautet also: Die Methoden Amerikas zur wirtschaftlichen Machtausdehnung bestehen nicht in den veralteten und lächerlichen Ansprüchen auf Ausübung politischer Macht in möglichst grossen und immer neuen Räumen.

Der zweite Punkt der Rede Trumans kann den ersten ergänzen. Er lautet: *«Wir glauben an die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstregierung aller Völker, die dieser Rechte gewaltsam beraubt wurden. Für die Leser, die nicht sehr weit denken, bezieht sich dieses amerikanische «Glauben» einfach auf die Nationen, die unter deutscher und italienischer, vor allem aber auch unter japanischer Herrschaft standen. Wer ein wenig weiter denkt, bringt jedoch auch noch ganz andere Dinge in die gleiche Rubrik. Zum Beispiel kann Truman die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Selbstregierung Indiens meinen. Oder die gänzliche Emanzipation aller Araberstaaten. Oder auch der Kolonien im südlichen Afrika. Noch eher aber lässt eine andere Vermutung sich rechtfertigen: Dass Truman damit die Rechte der Polen und sämtlicher andern Völker westlich von Bug, Karpathen und Pruth meine. Vielleicht sogar die Rechte der drei baltischen Völker, der Esten, Letten und Litauer. Denn bis zur Stunde haben USA die Einverleibung des Baltikums in die Sowjetunion nicht anerkannt. Fängt man aber im Baltikum an, dann ist bald auch Georgien gesagt. Und gäbe es künftig so etwas wie ein international anerkanntes Recht auf «Abgliederung» aus einem grösseren Staatsverband, liess sich die Aufsplitterung der russischen Grossmacht in ihre vielen Dutzend Nationen postulieren. Man sieht also, der zweite Punkt der Trumanschen Deklaration hat seine Konsequenzen!*

Gebietsveränderungen

sind für die Amerikaner überhaupt ein Problem, dem sie mit Entschlossenheit auf den Leib zu rücken scheinen. Wenn die Russen wollen, können sie im dritten Punkte der Trumanschen Erklärung so etwas wie eine Garantie ihres heutigen Reichsbestandes ansehen, aber auch wieder etwas anderes, eine Ergänzung des zweiten Punktes: *Gebietsveränderungen werden von USA nur anerkannt, wenn sie mit dem frei ausgedrückten Volkswillen in Uebereinstimmung stehen.* In Wahrheit bedeutet der Satz, dass USA niemals Lösungen anerkennen, wie das Dritte Reich sie durchgeführt, als es etwa «Kroatien» oder das «Protektorat» oder das «Generalgouvernement» schuf. In Moskau wird man ganz genau verstehen, dass Amerika keine neuen Sowjetrepubliken anerkennen will und für den Fall, dass es dennoch irgendwo eine solche gäbe, die Abstimmung über ihre Gründung unter internationaler Kontrolle erzwingen würde.

Im übrigen handelt Punkt 6 davon, dass die Amerikaner sich weigern, irgendeine Regierung anzuerkennen, die einer Nation durch eine ausländische Macht aufgezwungen wurde. Das heisst, dass USA es gar nicht so weit kommen lassen werden, dass sich eine Sowjetregierung konstituiert. Auch etwaige Vorläufer, die unter der Drohung russischer Bajonette zustandegekommen, sollen ersetzt werden durch solche, hinter welchen eindeutig der nationale Wille irgendeines der betreffenden Länder steht.

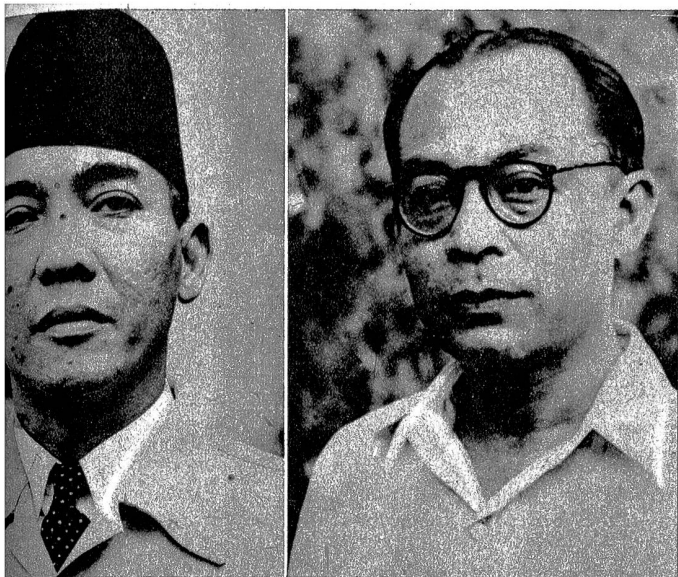


Um die Freiheit von Indonesien. In Soerabaja, der grössten Stadt der Insel Java, haben die Engländer geschlossene Läden vorgefunden. Ueber die Volksstimmung konnten sie aber nicht lange im Zweifel sein, denn die Aufschriften an den geschlossenen Geschäften drückten sich deutlich aus: „Jeder Versuch, uns zu unterjochen, wird in unserem Blut ersticken!“ oder: „die indonesische Selbstbestimmung heisst Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ (ATP)

Direkt der Grossmachtaufsplitterung im Namen der «freien nationalen Selbstbestimmung», wie sie in der «Atlantik-Charta» anerkannt worden, dient Punkt vier: *«Alle Völker, die zur Selbständigkeit reif sind, sollen die Genehmigung erhalten, durch ihre eigene freie Wahl, ohne ausländische Einmischung irgendwelcher Instanz, ihre eigene Regierungsform zu wählen.»* Erhebungen von Völkern, die heute in grösseren Verbänden stecken, morgen aber die Selbständigkeit begehren könnten, wird damit ein Freibrief ausgestellt, Bewegungen ins Leben zu rufen, die zur Gründung eines eigenen neuen Staates führen. Statt des Hochverratsparagrafen dürfte also künftig — nach amerikanischer Auffassung — das «international anerkannte Recht auf Gründung neuer eigener Staaten» zur Anwendung kommen. Gut, dass es ein solches international anerkanntes Recht noch nicht gab, als sich in USA die



Links: In der Londoner Westminster-Abbey ist in Anwesenheit von König Georg VI., der als Pate mit Königin Elisabeth dem durch einen dem Konzentrationslager entkommenen Gelstlichen vorgenommenen feierlichen Akt beiwohnte, der Kronprinz von Jugoslawien aus der Taufe gehoben worden. Unser Bild zeigt ihn, bewundert von seinen glücklichen Eltern, König Peter und Königin Alexandra (ATP)



Die leitenden Köpfe der Indonesier. Die Indonesier sehnen sich nach Unabhängigkeit; sie ist ihnen ja auch von überall her versprochen worden; zuerst von den Japanern, bis diese in Niederländisch-Indien Fuss gefasst hatten, dann von Königin Wilhelmine der Niederlande, als die Alliierten weichen mussten. Jetzt wollen die Indonesier Garantien für ihre Freiheit, und ihre Führer, Präsident Dr. Soekarno (links) und Vizepräsident Dr. Hatta, (rechts) wollen die Unabhängigkeit Indonesiens durch ihre Nationalarmee verteidigen (ATP)

sklavenhaltenden Südstaaten von der Union trennten und den Sezessionskrieg heraufbeschworen!

Die Vereinigten Staaten scheinen auf ihrem heimischen Territorium keinerlei derartige Bestrebungen befürchten zu müssen. Aber fast überall auf der übrigen Welt sind solche denkbar: Bei den Catalanen in Spanien ebensogut wie bei den Senussi in Libyen, bei den Annamiten und Javanesen «ebensogern» wie bei den Negern Guyanas — und eben, wiederum: Bei irgendwelchen Völkern des heutigen russischen Reiches, den Tschadschiks in der ehemaligen Bucharei oder den Usbecken in der Steppe Turkestans oder den Tartaren rings ums petrolreiche Baku. Nochmals: Konsequenzen haben die Punkte Trumans!

Aufgelockerte Welt,

bestehend aus vielen mittlern und kleinen Staaten, an Stelle der weltumspannenden Machtsysteme europäischer Grossmächte, dominiert von den wirtschaftlich mächtigsten USA — das ist das grosse weltpolitische Programm, welches uns aus den bisherigen Punkten der Trumanschen Rede entgegenschaut. Zukunftsbild also — und ehrlich gesagt: Nicht notwendigerweise ein übles Bild. Denn wenn die folgenden Punkte ernst gemeint sind, können die verkleinerten grossen Staatensysteme und die neubegründeten, die ihre «Reife» beweisen und ihre Unabhängigkeit «genehmigen» lassen, sehr gut nebeneinander wohnen — so gut wie die USA und ihre heute unabhängige ehemalige Philippinen-Kolonie, welche von den USA-Truppen geräumt werden soll. Man schaue sich das an:

Punkt sieben: Allen Staaten soll die Freiheit der Meere und freies Schifffahrtsrecht auf ihren Grenzflüssen zugestanden werden. **Punkt acht:** Alle in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommenen Staaten sollen gleichberechtigten Zugang zum Welthandel und zu den Weltrohstoffen haben. (Die Frage lautet, ob auch zu den russischen Rohstoffen. Eine weitere Frage: Werden die Engländer auf Grund dieses Punktes dazu gebracht, ihr «Empire» zu öffnen und alle Schutzschranken zugunsten der britischen Wirtschaft in Italien und in allen andern Dominien und Kolonien aufzugeben?)

Truman behandelt die Besiegten in gewissem Sinne als Staaten, welche den «Reifeausweis» verloren haben und

ihn wieder gewinnen müssen, um mit Hilfe der Sieger in die Reihe dieser überall gleichberechtigten «vielen Staaten» einzutreten: Punkt 5 bestimmt, dass USA mit den Kriegsbundesgenossen in koordinierter Form die Besiegten unterstützen werden bei der Einsetzung demokratischer Regierungen eigener Wahl. Ist es so weit, dann wäre die «Vielstaatenwelt» der Vereinigten Nationen vollständig.

Der Rest der programmatischen Rede behandelt allgemeine Prinzipien, deren Formulierung aber wiederum ihre besondern Konsequenzen hat: «Volle wirtschaftliche Zusammenarbeit aller kleinen und grossen Staaten ist wesentlich», sagt Punkt zehn. Und Punkt elf: «Wir streben nach Förderung der Gedanken- und Redefreiheit sowie nach der Religionsfreiheit in allen friedfertigen Gebieten der Welt. Und schliesslich: Punkt zwölf: «Eine Organisation Vereinigten Nationen ist zur Friedenswahrung notwendig». (Welche Massnahmen wollen USA oder sollen die Vereinten Nationen treffen, um Punkt elf in Russland zum Durchbruch zu verhelfen? Das ist nur eine Frage unter andern.)

Um das Bild vollständig zu machen, muss man auf das amerikanische Reservat in der westlichen Hemisphäre hinweisen, welches in Punkt neun umschrieben wird: «Gute Nachbarschaft aller Staaten Amerikas unter Ausschaltung aller Einflüsse von ausserhalb der westlichen Halbkugel». Es würde also künftig keine Gegenwirkungen britischen Kapitals in Argentinien, Bolivien oder Paraguay mehr geben dürfen, sondern nur noch die Arrangements der dortigen Geschäftskreise mit jenen in USA. Dadurch würde «potentiell» wenigstens eine der grossen Weltmächte beisammen gehalten, die amerikanische!

Stalins Antwort

wird erwartet. Es sind zwischen Moskau und Washington wichtige Dinge geschehen, wenn man den Zeitungsvermutungen glauben will. Nicht nur habe Russland sich mit der ungetrennten amerikanischen Befehlsgewalt im besetzten Japan einverstanden erklärt, es habe auch über andere Punkte mit sich reden lassen. Ueber welche? Darüber, so hofft man, werde Stalin am 7. November, bei Anlass des Gründungstages der Sowjetunion, Auskunft geben, und seiner Rede werde allergrösste Bedeutung zukommen.

Botschafter Harriman in Moskau dementiert endlich alle umherschwirrenden Gerüchte über Stalins Gesundheitszustand, über seinen angeblich bereits erfolgten Tod in einem Kurorte der Krim, über seinen Leberkrebs und was alles sonst verbreitet worden. Der russische Diktator habe sich lediglich erholen müssen und habe dies im südlich milden Sotschi auch mit Erfolg getan, so dass er jetzt wieder «besser aussehe». Die Vorstellung, als sei das Sowjetsystem bereits in der Krise, die mit dem Tode des einen Mannes unweigerlich ausbrechen müsse, wird damit auch korrigiert.

Immerhin kommt man nicht um die Probleme herum, welche sich stellen müssen, sobald der oberste Sitz im Kreml einmal verwaizen sollte. Russland braucht Frieden. Die kommunistische Partei braucht ausserhalb der Grenzen Leute, die ihr nicht in der Masse schaden, wie es die heutigen, vielfach zweitrangigen Besatzungstruppen tun, indem sie den fremden Völkern geradezu ein «Räubervolk» an Stelle des brüderlichen sowjetischen Russland vor demonstrieren. Muss doch der oberste Befehlshaber in Polen, Rokossowski, rote Truppen gegen die eigenen Deserteure einsetzen (nicht gegen die Polen, wie es böswillig zuerst gemeldet wurde), und in Rumänien sind es auch nicht Deserteure, die in Panik über Väterchens Stalins Ableben davonliefen, sondern ganz einfach deroutierte Truppenteile. Sollte vielleicht Stalin am 7. November grosse russische Rückzüge aus allen besetzten Gebieten ankündigen und damit das von Truman erwartete Entgegenkommen in unerwartet grosszügiger Form demonstrieren? Oder liegen die Zugeständnisse auf dem Gebiete der von USA verlangten «vier Freiheiten» Roosevelts?